

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8 - 1995

15 Schilling

Mit der SPÖ ins 21. Jahrhundert

Die Sozialdemokratie steht vor neuen Herausforderungen

Die Sozialdemokratie hat auch in Österreich schon bessere Zeiten gesehen. Das Ergebnis der Nationalratswahl vom Oktober 1994 und die Konsum-Pleite mögen als Beispiele dafür genügen, daß es politisch für die SPÖ nicht gerade optimal läuft. Um so mehr sind wir Sozialdemokraten aber dazu aufgerufen, alles zu tun, damit es politisch wieder aufwärtsgeht. Dieser Aufruf ist zwar leicht formuliert, aber schwer in die Praxis umzusetzen. Es wird noch vieler Diskussionen bedürfen, um die sozialdemokratische Bewegung wieder zum Kampf um den politischen Erfolg zu motivieren.

Eine dieser Diskussionen wird schon seit einiger Zeit geführt, auch wenn man davon in der Öffentlichkeit wenig bis gar nichts merkt. Gemeint ist die Diskussion um ein neues Parteiprogramm der SPÖ, mit dem, voraussichtlich 1996, das aus dem Jahr 1978 stammende Parteiprogramm abgelöst werden soll. Es ist keine Frage, daß das Grundsatzprogramm einer sozialdemokratischen Partei von Zeit zu Zeit der Überprüfung bedarf und in längeren Zeitabschnitten auch neu formuliert gehört. Ein Blick auf die gesellschaftspolitische Entwicklung seit dem Ende der siebziger Jahre genügt, um zu erkennen, daß vor der Sozialdemokratie ganz neue Herausforderungen liegen. International hat der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und das Ende des kalten Krieges geradezu eine Zeitenwende gebracht, und die Entwicklung der Kommunikationstechnologie hat zweifellos revolutionären Charakter für die ganze Weltgesellschaft. Für Wirtschaft, Wissenschaft und Politik haben sich mit den neuen Kommunikationstechnologien bisher ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, die unter dem Schlagwort „Datenhighway“ zusammengefaßt sind.

Allein diese Hinweise auf Megatrends in der Weltgesellschaft zeigen, daß ein Neues Parteiprogramm der SPÖ dringend erforderlich ist. Es ist notwendig, die gegenwärtige Gesellschaft genau zu analysieren und aus dieser Gesellschaftsanalyse die politischen Konsequenzen zu ziehen. So kann ein Parteiprogramm entstehen, das den Menschen in unserem Land die notwendige

Orientierung gibt und sozialdemokratische Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt. Ziele, die, so wie vor hundert Jahren der Kampf um den achtstündigen Arbeitstag oder das demokratische Wahlrecht, die Mehrheit der Menschen dazu bewegen, die Sozialdemokratie zu unterstützen.

Wenn es der SPÖ also gelingt, die Themen zu finden, die die Menschen wirklich betreffen, sie berühren und in Bewegung bringen, dann wird sie sich wieder auf dem Weg des Erfolges finden, wenn sie die Mehrheit davon überzeugen kann, daß die sozialdemokratischen Antworten die richtigen sind. Hier wird es auch in Zukunft auf die politische Arbeit der sozialdemokratischen Vertrauens-

personen ankommen, auch wenn sie anders verrichtet werden muß als in der Vergangenheit.

Der Kampf um den politischen Erfolg ist auch in unserer Zeit ein Kampf um Herz und Hirn der Menschen. Wir Sozialdemokraten müssen daher auch jetzt den Menschen eine Orientierung geben, aber auch das Gefühl, daß sie Teil einer historischen Bewegung sind, die für eine menschenwürdige Gesellschaft arbeitet. Diese Zielsetzung ist bei Genossen Franz Vranitzky in guten Händen, den wir Freiheitskämpfer vor allem wegen seiner untadeligen antifaschistischen Gesinnung schätzen, die ihn auch weit über die Grenzen unseres Landes hinaus zu einem respektierten Staatsmann gemacht hat.

Dem Bundesparteitag der SPÖ, der Anfang Oktober im Wiener Konzerthaus tagen wird, kommt große Bedeutung zu. Er wird einerseits eine Plattform der Diskussion bieten, die genützt werden sollte, andererseits aber muß von diesem Parteitag der Ruf an alle Österreicherinnen und Österreicher gehen, mit der SPÖ ins 21. Jahrhundert zu gehen.

H. W.

Frieden durch Krieg?

Nach der militärischen Rückholung der Krajna durch Kroatien, von österreichischer Seite verräterisch „Blitzkrieg“ genannt, nannte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky diesen Vorgang einen Skandal. Er zog sich damit von verschiedenen Seiten Kritik zu, die sich darauf stützte, daß sich Kroatien schließlich nur das zu seinem Staatsterritorium gehörende Gebiet zurückgeholt habe. Die Begleiterscheinungen dieser Rückholung, etwa das Elend von rund 150.000 Flüchtlingen in einer von jahrelangem Krieg geschüttelten Region, erregten die Gemüter viel weniger. Die Beobachter machten sich auch herzlich wenig Gedanken darüber, welche Reaktionen das kroatische Vorgehen bei den Serben auslösen kann, und natürlich machte man sich auch keine Sorgen darüber, daß der Frieden auf dem Balkan wohl kaum durch Krieg hergestellt werden kann. Dagegen würden es viele dieser „Beobachter“ gerne sehen, daß sich am Nationalfeiertag das Bundesheer mit Panzern auf der Ringstraße präsentiert. Bundeskanzler Vranitzky konnte dieses militärische Spektakel verhindern, mit dessen Glanz und Glorie die Opfer eines jeden Krieges vergessen gemacht werden sollten.

H. W.

Wechsel im Vorsitz unseres Bundes

Während der Tagung des Bundesvorstandes am 28. Juni 1995 legte Genosse **Prof. Hugo Pepper** seine Funktion als Vorsitzender unseres Bundes zurück. Anlaß war die Ablehnung seines Vorschlages, der vorsah, daß in führenden Funktionen unseres Bundes und seiner Landesgruppen vorrangig Genossen(innen) aus der Widerstands- und Opfergeneration zu wählen sind. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung.

Im Verlauf der Sitzung wurde der bisherige Stellvertreter des Vorsitzenden, Genosse **Alfred Ströer**, ehem. Abgeordneter zum Nationalrat, ohne Gegenstimme zum Geschäftsführenden Vorsitzenden bestellt. Genosse Alfred Ströer drückte sein Bedauern über das Ausscheiden des Genossen Pepper aus, der sich während seiner Funktion als Vorsitzender unseres Bundes große Verdienste erworben hat. Genosse Ströer dankte dem Genossen Pepper für seine bisherige Tätigkeit und betonte, daß Genosse Pepper dem Bund als Mitglied weiterhin angehören werde. Die Mitglieder des Bundesvorstandes nahmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Genosse Alfred Ströer wird bis zur Bundeshauptversammlung im Jahre 1996 die Geschäfte des Bundes – wie er erklärte – im engsten Einvernehmen mit den Mitgliedern des Präsidiums führen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben ihm ihre Unterstützung zugesagt.

*

Genosse **Alfred Ströer** wurde am 3. Dezember 1920 in Wien geboren, sein Vater war städtischer Bediensteter und Zugsführer des Republikanischen Schutzbundes. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule und Berufsschule in Wien erfolgte seine Ausbildung zum Werkzeugmacher in der Simmeringer Waggonfabrik Wien. Schon in jungen Jahren schloß er sich den Kinderfreunden an und wurde Arbeiterturner. 1939 wurde er als Gestapohäftling im Polizeigefangenenhaus festgehalten, später als Volksgesundheitshäftling im Landesgericht Wien und Wiener Neustadt. Alfred Ströer wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und aus der damaligen Deutschen Wehrmacht ausgeschlossen. Im Dezember 1942 erfolgte seine Einberufung zur Bewährungsddivision 999, zuletzt auf der Insel Rhodos. Er galt bis Jänner 1945 als wehrunwürdig. Bis Dezember 1946 war er in englischer Kriegsgefangenschaft, zuletzt in Ägypten. Im Jänner 1946 trat Genosse Ströer in die ÖGB-Jugendfürsorgeaktion ein und wurde Mitglied der SPÖ. Von 1948 bis 1952 war er Jugendsekretär in der Landesexekutive Niederösterreich des ÖGB, von 1953 bis 1959 war er Jugendsekretär des ÖGB. 1959 wurde er Leitender Sekretär des ÖGB und Mitglied des ÖGB-Präsidiums. Nach Ablegung der Berufsreifeprüfung an der Uni-



versität Wien nahm er ein Studium der Staatswissenschaften auf, das er nach seinem Einzug in den Nationalrat unterbrach. Von 1966 bis 1972 war er SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat. Von 1972 bis 1983 war Alfred Ströer Vorsitzender des Vorstandes der BAWAG, bis 1988 war er auch Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes und Obmann der SPÖ-Bezirksorganisation Purkersdorf. Genosse Ströer bekleidete darüber hinaus noch eine Reihe von Funktionen, so als geschäftsführender Direktor der Dr.- Bruno-Kreisky-Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte, als der er immer noch tätig ist.

Gedenkfahrt des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Unser Bund führt vom **25. bis 29. Oktober 1995** eine Gedenkfahrt nach Prag, Lidice, Ghetto Theresienstadt und zum ehemaligen KZ Groß Rosen durch.

Der Preis für diese Fahrt beträgt 2000 Schilling, der Einzelzimmerzuschlag beträgt 960 Schilling.

Bei Teilnahme ersuchen wir um Anmeldung beim Bund Soz. Freiheitskämpfer (1010 Wien, Löwelstraße 18) oder telefonisch (0 22 2 / 534 27-277, Genossin Gerti Much).

Anmeldeschluß ist der **15. September 1995**, Anmeldungen werden nach ihrem Eintreffen berücksichtigt.

Rückstellung jüdischen Vermögens

Am 11. Juli 1995 beschloß der Nationalrat eine Novelle zum 2. Kunst- und Kulturgüterbereinigungsgesetz. Es geht dabei um vorwiegend jüdisches, teilweise unter dem Nationalsozialismus „arisiertes“ Vermögen, welches in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg der Republik Österreich zugeflossen ist, weil die Eigentümer dieses Vermögens nicht mehr festgestellt werden konnten. 1986 wurde auf Grund des damals beschlossenen 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes eine Liste von insgesamt 8.153 „der im Eigentum des Bundes stehenden, im Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes, öffentlicher Sammlungen und sonstiger Dienststellen des Bundes befindlichen, ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgegenstände, geordnet nach Art und Stückzahlen“, veröffentlicht. Bis zum 30. September 1986 wurden insgesamt 367 Anträge bearbeitet und 151 Gegenstände an 21 Antragsteller ausgefolgt. Ein Großteil der geltend gemachten Ansprüche war wegen Mehrfachbeanspruchung gerichtlich zu klären. Nun soll die Novelle die Verwertung der in Bundesbesitz befindlichen Restbestände durch den Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs unter Beiziehung internationaler Auktionshäuser ermöglichen. Der Erlös dieser Verwertung wird für Zwecke bedürftiger und verfolgter Personen zu verwenden sein. Zwölf Prozent des Gesamterlöses sollen an die in Österreich tätigen Opferverbände (unter ihnen auch unser Bund), je zu einem Drittel, ebenfalls für bedürftige und verfolgte Personengruppen dieser Verbände zur Auszahlung gelangen.

OÖ: VP-Landeshauptmann im ÖTB

Der oberösterreichische ÖVP-Landeshauptmann **Josef Pühringer** ist Mitglied des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB), der laut „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ (S. 199) die „heute mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus“ in Österreich ist. SPÖ-Landesgeschäftsführer **Reinhard Buchinger** forderte Ende Juli 1995 den Landeshauptmann zum Austritt aus dem ÖTB auf: „Es ist untragbar, daß ein Landeshauptmann Mitglied eines Vereins ist, der beharrlich die österreichische Nation ablehnt und dem das Landesgericht für Strafsachen in Wien in einem rechtskräftigen Urteil nationalsozialistische und österreichfeindliche Politik vorgehalten hat.“ Auch der Vorsitzende der „Initiative Welser gegen den Faschismus“, **Robert Eiter**, forderte, daß der VP-Landeshauptmann aus dem ÖTB austritt.



„Wahrheit und Auschwitzlüge“

Ein wichtiges Buch „zur Bekämpfung ‚revisionistischer‘ Propaganda“ wurde von Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Benz und Wolfgang Neugebauer unter dem Titel „Wahrheit und Auschwitzlüge“ bei Deuticke (Wien 1995, 304 Seiten, S 298,-) herausgegeben. Nach einem Vorwort von Simon Wiesenthal enthält dieses Buch eine Reihe von Fachbeiträgen zum ganzen Spektrum der „Auschwitzlüge“. Dazu gehört auch der von den neonazistischen Geschichts-Revisionisten immer wieder erhobene Zweifel an der Zahl der in den Nazi-KZ ermordeten Juden. Wir bringen im folgenden aus dem Buch „Wahrheit und Auschwitzlüge“ einen Beitrag von Wolfgang Neugebauer, der unter dem Titel „Revisionistische Manipulation der Zahl der Holocaustopfer“ erschienen ist.

Die Vernichtung von 6 Millionen europäischen Juden als das größte und in der Geschichte beispiellose Verbrechen des Nationalsozialismus rief schon in den fünfziger und sechziger Jahren Versuche „revisionistischer“ Geschichtsschreiber auf den Plan, die Dimension dieses Genozids zu reduzieren.

In den siebziger Jahren konzentrierten sich die einschlägigen Autoren auf das Ausnützen von Fehlern und quellenbedingten Ungenauigkeiten bei Zahlenangaben in den Publikationen über den Holocaust. Es setzten Bemühungen ein, die in der wissenschaftlichen Literatur genannte Zahl von 6 Millionen ermordeten Juden wesentlich zu vermindern. Während die 6 Millionen jüdischen Opfer in der „revisionistischen“ Propaganda zur „6-Millionen-Lüge“ wurden, tauchte in diesen Kreisen die Version von „nur“ 200.000 oder 300.000 jüdischen Opfern des NS-Regimes auf. Nach „revisionistischer“ Auffassung diente die angebliche Übertreibung der Opferzahlen durch Antifaschisten, Juden u. a. vor allem dazu, daß Israel bzw. die Juden („Weltjudentum“) auf ewig von Deutschland „Wiedergutmachung“ erpressen könnten. Die „eingestanden“ 200.000 oder 300.000 jüdischen Opfer wären mehr oder weniger auf natürliche Weise „umgekommen“, und – so die noch zynischere Version – es habe sich dabei um „Verräter“, „Verbrecher“ oder „Asoziale“ gehandelt. Von „revisionistischer“ Seite wird lediglich zugestanden, „daß einige tausend Lagerinsassen in den chaotischen letzten Monaten des Krieges starben“. Derselbe Autor stellt den gestorbenen „einigen tausend Juden“ unzulässigerweise Millionen umgekommene deutsche Zivilisten gegenüber: „Zweifellos sind einige tausend Juden im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs gestorben, aber das muß im Zusammenhang eines Krieges gesehen werden, der viele Millionen unschuldiger Opfer auf allen Seiten kostete.“

Um diesen Behauptungen größere Glaubwürdigkeit zu verleihen, berufen sich „revisionistische“ Autoren immer wieder auf angebliche Feststellungen der UNO bzw. des Internationalen Roten Kreuzes. Nach Angaben des Instituts für

Zeitgeschichte München tauchte die Zahl von 200.000 jüdischen NS-Opfern erstmals in einem in Brasilien 1965 erschienenen Buch von Alexander Scronn („General Psychologus“) auf und wurde von deutschen Rechtsextremisten übernommen. „Wußten Sie“, schreibt Heinz Roth, „das die sicher beklagenswerten Verluste des jüdischen Volkes – nach Feststellungen der UNO, die keinen Grund hat, irgendein Volk besonders in Schutz zu nehmen – zweihunderttausend betragen haben?“ Anfragen des Instituts für Zeitgeschichte München im Jahr 1974 bzw. der „Salzburger Nachrichten“ im Jahr 1978 an den UN-Generalsekretär ergaben, daß diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehrte.

Schon vorher war von rechtsextremer Seite die Version verbreitet worden, das Rote Kreuz hätte festgestellt, daß „nur“ 300.000 Menschen Opfer politischer, rassistischer oder religiöser Verfolgung geworden wären. Auch diesbezüglich wurde zweimal, 1955 und 1965, aufgrund von Anfragen des Instituts für Zeitgeschichte München vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf festgestellt, daß diese Zahlenangaben nicht vom IKRK stammen, da solche Statistiken gar nicht in die Kompetenz des IKRK fielen. Dies hinderte jedoch den bekannten österreichischen Rechtsextremisten Robert H. Drechsler nicht, die Propagandalüge von den 300.000 Opfern „rassistischer“ und politischer Verfolgung 1976 in seiner Zeitschrift „Die Leuchtkugel“ zu wiederholen. Drechsler gab dabei die Zahl der deutschen Opfer „rassistischer“ und politischer Verfolgung – diese liegt in der Größenordnung von 300.000 – als Gesamtzahl aller NS-Opfer, einschließlich der ermordeten europäischen Juden, aus.

Da Drechsler auch behauptete, daß Rückfragen bezüglich der 300.000 NS-Opfer beim Roten Kreuz ohne Antwort blieben, hat das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) das IKRK in Genf bzw. den diesem unterstehenden Internationalen Suchdienst Arolsen (ITS) um eine Stellungnahme ersucht. Beide Institutionen distanzieren sich mit aller Deutlichkeit von Drechslers Behauptung. Wie das IKRK mitteilte, hatte Drechsler dort gar

nicht angefragt. Das IKRK stellte weiters fest, daß alle diesbezüglichen Anfragen stets Informationen in dem Sinn erhalten hätten, daß das IKRK überhaupt keine Zahlenangaben über die Opfer der NS-Verbrechen veröffentlicht hat. 1989 hat der pensionierte Wiener Mathematikprofessor Ernst Klement die Version von den angeblich vom IKRK bzw. Arolsen festgestellten 300.000 Opfern „rassistischer und politischer Verfolgung“ in einem Brief an eine Schülerin des Gymnasiums in Wien-Kalksburg, die in der Zeitung „Kurier“ über ihren Besuch in Auschwitz berichtet hatte, neuerlich behauptet.

Zuletzt hat Gernar Rudolf, ein Diplomchemiker, der in der „revisionistischen“ Szene offenbar vom Fachmann für technische Fragen zum Historiker und Statistiker des Holocaust avanciert, die 300.000-Opfer-Zahl als neueste Version „revisionistischer“ Zahlenspielerlei zum besten gegeben. In einem jüngsten „Standardwerk“ des „Revisionismus“ stellt Rudolf den seriösen Forschungsergebnissen von Wolfgang Benz und eines internationalen Autorenteamts die Spekulationen und Manipulationen einer vom „Institute for Historical Review“ herausgegebenen Arbeit eines US-„Revisionisten“ namens W. N. Sanning gegenüber, der mittels Rechenoperationen „auf nur etwa 300.000 Juden kommt, die im deutschen Machtbereich des Zweiten Weltkrieges auf ungeklärte Weise umkamen“. So werden z. B. die Holocaustopfer auf dem Territorium der UdSSR – im Werk von Benz 2,89 Millionen – zu 15.000 „Vermißten“, auch die anderen Angaben über Opfer sind mit „Vermißte“ überschrieben. In einem Kapitel „Der Exodus – die Wiederkehr von Vermißten“ wird schließlich suggeriert, daß die „Vermißten“ nach 1945 in Palästina/Israel und anderen Ländern wieder aufgetaucht wären.

Eine scheinbar neue Variante des Versuchs der Reduzierung der Opferzahlen des Holocaust lieferte der bislang nicht einschlägig hervorgetretene französische Publizist Ferdinand Otto Miksche, der sofort von der „Deutschen National-Zeitung“ zum neuen Hauptkronzeugen gegen den Holocaust hochgejubelt wurde, in seinem 1990 erschienenen Buch „Das Ende der Gegenwart“. „Mord an 6 Millionen Juden – was ist wahr? Sensationelle Enthüllungen eines berühmten Historikers“ lautete die Schlagzeile des neonazistischen Wochenblattes. Ausgehend von einem behaupteten „merkwürdigen Mangel offizieller Unterlagen“, macht Miksche auf drei Seiten un belegte und durchwegs unrichtige Zahlenangaben über die jüdische Bevölkerung in Europa vor und nach dem Zweiten Weltkrieg und kommt

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

zu dem Ergebnis, daß „alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden im Laufe der Kriegsjahre als tot oder vermißt bezeichnet werden müssen“. Bei genauerer Analyse stellt sich jedoch heraus, daß Miksches Zahlenangaben, denen keinerlei Beweise zugrunde liegen, keineswegs neu sind, sondern aus älteren „Standardwerken“ des „Revisionismus“ entnommen sind. Mit nahezu gleichen Worten hat schon **Richard Harwood** 1975 unter Bezugnahme auf Paul Rassinier „nachgewiesen“, „daß die Zahl der jüdischen Verluste (unmöglich) die Grenze von 1.500.000 überschritten haben könnte“. Als Ursprung dieser „revisionistischen“ Zahlenlegende wird ein – quellenmäßig nicht belegter – Bericht der „Basler Nachrichten“ vom 12. 6. 1946 angegeben, dessen Beweiskraft selbst für den „Revisionisten“ **Gerhard Rudolf** in Zweifel steht.

Wie alle „revisionistischen“ Autoren negiert auch Miksche alles, was an wissenschaftlicher Literatur, an Quellenmaterial, an gerichtlichen Erkenntnissen und an Zeugenaussagen über den Holocaust vorhanden ist. Der millionenfache Mord an den Juden, insbesondere die Massentötungen durch Giftgas in Gaskammern, ist gesicherter Wissensstand einer breiten internationalen Forschung. Daß es unterschiedliche Angaben der einzelnen Forscher über die Höhe der Opferzahlen gibt, ist infolge der schwierigen Quellenlage in einzelnen Ländern, vor allem der (ehemaligen) Sowjetunion, unvermeidlich. Die Angaben führender Holocaustforscher schwanken zwischen 5,1 und über 6 Millionen jüdischen Opfern. Diese Zahlen basieren hauptsächlich auf Berechnungen der Opferzahlen aufgrund von Deportationslisten, Transportmeldungen, Zugangslisten und Sterbebüchern von Konzentrationslagern, Meldungen der Einsatzgruppen u. ä. und zum Teil auf dem statistischen Vergleich der jüdischen Bevölkerung vor und nach der NS-Zeit. **Wolfgang Benz** gibt aufgrund der Forschungsergebnisse des Instituts für Zeitgeschichte München folgende „gesicherte Minimalzahlen“ für die jüdischen Opfer der einzelnen Länder an:

Deutsches Reich	165.000
Österreich	65.000
Frankreich und Belgien	32.000
Niederlande	102.000
Luxemburg	1.200
Italien	7.600
Griechenland	60.000
Jugoslawien	55.000–60.000
Tschechoslowakei	143.000
Bulgarien	11.000
Albanien	600
Norwegen	735
Dänemark	50
Ungarn	502.000
Rumänien	211.000
Polen	2.700.000
Sowjetunion	2.100.000–2.200.000
Gesamtzahl der jüdischen NS-Opfer	6.261.185 (6.156.185)

Antisemitismus und Rassismus keine Kavaliersdelikte

Antisemitismus und Rassismus dürfen nicht strafrechtliche Kavaliersdelikte sein, stellte der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am 3. August 1995 unter Bezug auf den kürzlich erfolgten gerichtlichen Freispruch des Obmanns des rechtsextremen „Bürgerschutz Österreich“, **Peter Kurt Weiß**, fest. Der ehemalige FPÖ-Funktionär Weiß wurde in einem Prozeß vom Vorwurf der Verhetzung freigesprochen.

Es sei unfaçbar, daß heute noch immer antisemitische Schmähschriften ungestraft erscheinen können, wie das Pamphlet „Bürgerschutz Österreich“, für dessen Inhalt Peter Kurt Weiß verantwortlich ist, heißt es in der BSF-Aussendung weiter. In der Nummer 3 dieses angebl. in einer Auflage von 120.000 Stück verbreiteten Pamphlets waren an die unseligen Zeiten des Naziblattes

„Der Stürmer“ erinnernde antisemitische Zeichnungen zu sehen, neben denen zu lesen war: „Daher stehen mittlerweile fast alle Völker unter der Zinspeitsche der hebräischen Hochfinanz.“ Es sei unverständlich, daß es für den Verantwortlichen dieses antisemitischen Pamphlets einen Freispruch gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund sei es zu begrüßen, daß Justizminister Michalek noch im August ein Strafrechtsänderungsgesetz einbringen will, das härtere Strafen für Verhetzung vorsieht. Ebenso begrüßenswert sei die Absicht des Justizministers, das Motiv der Fremdenfeindlichkeit oder des Rassismus bei allen Straftaten als Erschwerungsgrund in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. Es sei zu hoffen, stellt der BSF abschließend fest, daß die neuen Strafrechtsbestimmungen schon mit 1. Jänner 1996 in Kraft treten können (Pressedienst der SPÖ).

Schuldpruch für „Aula“-Chef

Nach dem Verbotsgesetz, das auch das Leugnen oder Verharmlosen nationalsozialistischer Verbrechen unter Strafe stellt, wurde der Geschäftsführer des bis vor kurzem vom Land Steiermark geförderten Blattes „Aula“, **Herwig Nachtmann**, am 8. August 1995 von einem Grazer Geschworenengericht zu 240.000 Schilling plus zehn Monate bedingt verurteilt. Nachtmann meldete gegen dieses Urteil Nichtigkeit und Berufung an. In der Verhandlung vor dem Richter **Gert Tomaselli** (Staatsanwalt **Manfred Kammerer**) versuchte sich Nachtmann, der eine einschlägige rechtsextreme Vergangenheit hat, als „nur für das Wirtschaftliche“ der „Aula“ zuständig hinzustellen. Daß er im Impressum der Zeitschrift auch als Verantwortlicher für die „Schriftleitung“ genannt wird, sei ein „Fehler der Redaktionskonferenz“, deren Namen er aber nicht nennen wollte. Die Anklage gegen Nachtmann war erhoben worden, weil in einem Artikel der „Aula“-Sommerausgabe 1994 ein Artikel unter dem Pseudonym „Hans Moser“ erschienen war, der die „Arbeit“ des **Walter Lüftl** lobte, der als ehemaliger Präsident der Ingenieurkammer die Auschwitz-Lüge verbreitete. Dazu hieß es in der „Aula“: „Die von ‚Zeitzeugen‘ und ‚geständigen Tätern‘ geschilderten Massenvergasungen mittels Zyklon B können nach den Naturgesetzen und technischen Möglichkeiten nicht stattgefunden haben.“ Befragt, was er zu dieser These meine, sagte Nachtmann: „Ich kann das nicht beurteilen, ich bin ja kein Techniker.“

Nach Angaben im „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ war Herwig Nachtmann in den siebziger Jahren in Tirol Angehöriger der Burschenschaft „Brixia“. 1978 unterzeichnete er den Aufruf der „Deutschen National-Zeitung“ für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen. Er wurde dann stellvertretender Dietwart des österreichischen Turnerbundes und nahm 1981 als Angehöriger der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“ am Begräbnis des Hitler-Nachfolgers Dönitz teil. Seit 1994 ist er Obmann-Stellvertreter des österreichischen Turnerbundes Steiermark.

Ehrung für SS-Referatsleiter

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Referatsleiter im Sicherheitsdienst, **Wilhelm Höttl**, wurde am 11. Juni 1995 mit dem „Großen Ehrenzeichen des Landes Steiermark“ geehrt, das ihm von VP-Landeshauptmann **Josef Krainer** „für seinen Mut zum Risiko einer Schulgründung im Jahre 1952 und als Historiker und Verfasser zahlreicher zeitgeschichtlicher Publikationen“ verliehen wurde. Die NS-Vergangenheit des heute 80jährigen Höttl reicht in das Jahr 1934 zurück, als er als Konfident für den Sicherheitsdienst der SS (SD) zu arbeiten begann. Die Freiheitskämpfer schließen sich der Forderung der Jungen Generation der SPÖ Steiermark auf Abkennung dieser Auszeichnung eines ehemaligen SS-Referatsleiters an.



Sie liebte Musik, Literatur und Natur

Henry O. Leichter über seine Mutter Käthe Leichter

Als ich zur Welt kam, hatte meine Mutter bereits eine Reihe von Positionen erreicht. Unter anderem war sie Sekretärin von Otto Bauer, dem Vorsitzenden und Haupttheoretiker der Partei und für kurze Zeit Außenminister der neuen österreichischen Republik. Nachdem die Sozialdemokraten die Regierung verlassen hatten, wechselte sie zur Arbeiterkammer, wo sie die Frauenabteilung gründete und später leitete. Gleichzeitig war sie als Vortragende und Organisatorin für die Partei sehr gefragt und war unter anderem verantwortlich für die Gründung einer Gewerkschaft für Hausgehilfinnen, eine bis dahin unvorstellbare Neuerung in Österreich und, wahrscheinlich, der ganzen Welt. Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß meine Mutter alle unsere Hausgehilfinnen sehr rasch dazu brachte, dieser Gewerkschaft beizutreten, was sicherlich zu einigen hochinteressanten Kollektivvertragsverhandlungen bei uns zu Hause geführt hat. Auch innerhalb der Parteiorganisation schien meine Mutter ein wesentliches Instrument für Veränderungen gewesen zu sein. In Artikeln, die sie für den „Kampf“, das theoretische Monatsblatt der Partei, verfaßte, setzte sie sich schon sehr früh für militante Aktionen gegen den Vorstoß der Faschisten ein. Das Protokoll des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei 1932 zeigte, daß sie auch nicht zögerte, eine im linken Flügel so angesehene Figur wie Otto Bauer zu kritisieren.

Zu all diesen Betätigungen kamen noch ihr Schreiben und die soziologischen Forschungen. Basierend auf Interviews mit arbeitenden Frauen in verschiedenen Industriezweigen, veröffentlichte sie 1929 eine wichtige Studie (aus der heute noch immer zitiert wird) und 1930 das oft verwendete Handbuch für Frauenarbeit.

Käthe Leichter (1895–1942)

Vor hundert Jahren, am 20. August 1895, wurde Käthe Leichter als Marianne Käthe Pick in Wien geboren. Sie war vermutlich die erste Österreicherin, die zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert wurde. Sie schloß ihr Studium aber 1918 in Heidelberg ab, in Wien war das damals für Frauen noch nicht möglich. Ihre politische Haltung war von der leidenschaftlichen Ablehnung des Ersten Weltkrieges geprägt, sie gehörte zu den führenden Vertreterinnen der Linken um Friedrich Adler. Die Ehe mit dem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Otto Leichter, und die Geburt zweier Söhne änderten nichts an ihrem politischen Engagement. Nach kurzer Tätigkeit im Finanzministerium wurde



Käthe Leichter mit ihren Söhnen Heinz und Franz

Die politischen und soziologischen Arbeiten waren ein wichtiger Teil der Person meiner Mutter, aber keineswegs der einzige. Sie war außerdem noch eine ausgezeichnete Pianistin und konnte recht gut Geige spielen. Musik war die Leidenschaft ihrer frühen Jugend gewesen. In einem ihrer Tagebücher, das noch immer in meinem Besitz ist, listete sie alle Konzerte auf, die sie besuchte, als sie noch in der Mittelschule und auf der Universität war – die Liste ist sehr eindrucksvoll. Musik auf Platten war während der dreißiger Jahre in Europa in Mode gekommen, und es wurde bei uns darüber gesprochen, daß man sich irgendwann vielleicht ein Grammophon und einige Platten kaufen würde. Das wurde allerdings nie realisiert, aber in dem letzten Jahr, in dem wir noch beisammen waren, 1937, organisierte meine Mutter eine Kammermusikgruppe, die regelmäßig in unserer Woh-

nung zusammentraf. Hie und da wurde mir erlaubt, ziemlich holprig als zweiter Geiger mitzuspielen. Das ist eine meiner bleibenden, bittersüßen Erinnerungen an eine Welt, die für immer verloren ist. Ihre Liebe zur Literatur war aber um nichts weniger wichtig. Ich hatte den Eindruck, daß sie einfach alles gelesen haben mußte. Schon ganz früh führte sie mich in die deutsche Klassik ein: Im Alter von zehn Jahren hatte ich beinahe alle Stücke von Schiller gelesen, etliche von Goethe und konnte viele Gedichte beider und anderer deutscher Dichter auswendig. Die meisten kann ich noch heute. Als Geschenk für meinen dreizehnten Geburtstag erhielt ich eine komplette achtbändige Ausgabe der berühmten Schlegel-Tieck-Übersetzung der Werke Shakespeares. Die Liebe zur Klassik blieb ihr: Während der schrecklichen Tage im April und Mai 1938, nachdem die Nazis die Macht ergriffen hatten und sie versuchte, das Land zu verlassen, wodurch sie dauernd unterwegs war, um eine Ausreisewilligung zu erhalten, als klar wurde, daß sie in großer Gefahr schwebte, trug sie stets eine Taschenausgabe von Goethes „Faust“ mit sich.

Wenn man auch noch um ihre tiefe Liebe zur Natur weiß, dann hat man ein ziemlich gutes Bild von jener Mutter, an die ich mich erinnere. All das und die Freuden, die sie im täglichen Leben fand. Sogar in der Literatur versteifte sie sich nicht auf Goethe und Shakespeare. Sie konnte etliche der humoristischen Gedichte von Wilhelm Busch und Christian Morgenstern auswendig, die sie häufig zitierte; auch sie selbst schrieb viele leichte und lustige Gedichte. Ich weiß nicht, ob sie damals auch ernste Gedichte schrieb, sicherlich schrieb sie aber später welche, als sie eine Gefangene der Nazis war.

Meine Mutter besaß einen außerordentlich guten, leicht satirischen Humor, wobei sie sich auch über sich selbst lustig machen konnte. Ich glaube, und darauf bin ich stolz, daß ich diesen Humor bis zu einem gewissen Grad von ihr geerbt habe.

(Aus: Henry O. Leichter: *Eine Kindheit – Wien – Zürich – Paris – USA, Böhlau Verlag, Wien 1995.*)

dienst. Im Mai 1938 gelang Otto Leichter die Flucht aus Österreich, Käthe Leichter wurde mit ihren Kindern daran gehindert. Als sie einen anderen Fluchtweg gefunden hatte, hörte sie bei einem Abschiedsanruf bei ihrer Mutter, daß man gedroht hatte, die alte Frau als Geisel zu verhaften. Daraufhin stellte sie sich der Gestapo. Nach 18 Monaten Haft wurde

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung auf Seite 6

Denker, Lehrer und Revolutionär

Friedrich Engels starb vor 100 Jahren

Am 5. August 1995 war der 100. Todestag des großen Denkers und Lehrers der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, Friedrich Engels. Er war 75 Jahre alt geworden und starb an einem Krebsleiden in London. Gemäß seinem Wunsch wurde seine Asche im Meer versenkt. Er wurde in Barmen (heute Wuppertal) am 28. Dezember 1820 als Sohn eines angesehenen Textilfabrikanten geboren und entschied sich nach Verlassen der höheren Schule (mit mittlerer Reife) für den kaufmännischen Beruf. Seine Freizeit verbrachte er mit Schreiben von Aufsätzen, Gedichten, Theaterstücken, mit Fechten, Reiten, Schwimmen, auch sang er. Ganz wichtig waren ihm auch die Sprachstudien. Er war musisch begabt – wie auch sein späterer Freund Karl Marx.

Seine Lehrjahre verbrachte er in zwei Handelshäusern, dann leistete er seinen Dienst mit der Waffe für ein Jahr bei der Gardeartillerie in Berlin. Übrigens beschäftigte er sich ein Leben lang mit Militärfragen, nicht zuletzt auch im Sinne der internationalen Arbeiterbewegung. Dann ging er nach Manchester in England und lebte dort 21 Monate. In dieser großen Industriestadt lernte er den Kapitalismus gut kennen, und bereits in seiner Heimat, dem fortschrittlichen Rheinland, merkte er deutlich, wie die wirtschaftlichen Gegebenheiten das Leben der Menschen und die Machtverhältnisse bestimmen. In Manchester hatte die Familie Engels eine Beteiligung an einem Textilunternehmen, bei dem F. Engels viele Jahre berufstätig war.

Es war nicht die soziale Not, sondern seine hohe Intelligenz und Einfühlbarkeit ließen ihn zum Revolutionär werden.

Schon früh traf er Karl Marx, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband. Sie trafen 1844 einander in Paris und besprachen ihre gemeinsame Ar-



beit. Engels ging in seine Heimat zurück. Karl Marx mußte nach Brüssel fliehen. In Wuppertal fühlte sich Engels nicht sehr behaglich, und sein Leben schien ihm zu „solide“.

Nun hatte er sein erstes Werk, die „Lage der arbeitenden Klasse in England“, fertiggestellt, eine bahnbrechende

Schrift, die aufzeigen sollte, wie das Proletariat, als Produkt des Kapitalismus, eine neue Gesellschaftsformation hervorbringen wird – den Sozialismus. Arbeiterbewegung und Sozialismus waren nun verbunden.

Marx und Engels trafen einander einmal in Brüssel, einmal in Paris. 1846 traten sie beide dem „Bund der Gerechten“ bei, einem Handwerkerverein. Er hieß später „Bund der Gerechten (Kommunisten)“. Sie arbeiteten gemeinsam das „Kommunistische Manifest“ aus, welches zur Wende 1847/48 erschien. Sie nannten sich „Der Bund der Kommunisten“ deshalb, weil sie das damalige Modewort „Sozialist“ ablehnten als eine Bezeichnung, die für viele bürgerliche Sozialreformer galt. Der Slogan „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ – am Schluß des Manifests wurde zum Freiheitsruf der Arbeiter in der ganzen Welt. Das Manifest war ein Parteiprogramm, analytisch, die Ungerechtigkeiten der bürgerlichen Klassengesellschaft aufzeigend, sozialistische Perspektiven darstellend. Und so steht auch im Manifest zu lesen: „... Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien ...“, ein Satz, den die Leute der Elitepartei Lenins bei den Radikaldemokraten Marx und Engels wohl überlesen haben mußten.

Die beiden Freunde nahmen an der Revolution 1848 teil, brachten die „Neue Rheinische Zeitung“ heraus. Beides ging verloren, sie mußten aufgeben.

Freundschaft mit Victor Adler

In England, nach dem Niedergang der bürgerlichen Revolution von 1848, trafen sie als Emigranten einander wieder.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 5

sie zu sieben Monaten Kerker verurteilt, aber nicht freigelassen, sondern in das Konzentrationslager Ravensbrück überstellt. Dort wurde sie am 17. März 1942 ermordet.

Rosa Jochmann schrieb über ihre Freundin Käthe Leichter im Jahr 1945: „Neben ihren vielen Funktionen war sie eine der eifrigsten und wirkungsvollsten Rednerinnen. Ich hörte sie zum erstenmal in der Fabrik in einer Versammlung. Meine Kolleginnen erzählten immer wieder von der Genossin, die alles so gesagt hatte, wie es wirklich ist. Das war das Große und Einmalige an Käthe, daß sie neben ihrer hohen geistigen Bildung und trotz ihres tiefen Wissens – selbst unser unvergeßlicher Genosse Bauer hat immer wieder Käthes hohen Geist bewundert – so reden konnte, daß es der einfachste Mensch begriff und ihn mitriß. Dabei war sie von einer Bescheidenheit, die nur ganz große Menschen ziert.“

1895 - 1995

REPUBLIK ÖSTERREICH



100. GEBURTSTAG KÄTHE LEICHTER

s6

Wer kannte Käthe Leichter persönlich?

Bitte Mitteilungen an das Sekretariat des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer unter der Telefonnummer 0 22 2 / 534 27/277 DW.

Gedenkbriefmarke

Am 18. August 1995 wurde im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien die „Käthe-Leichter-Gedenkmarke“ von Bundesminister **Mag. Viktor Klima** und Post-Generaldirektor **Dr. Josef Sindelka** vorgestellt. SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende **Johanna Dohnal** und Bundesministerin **Dr. Helga Konrad** sowie Abg. **Dr. Irmtraut Karlsson** würdigten Leben und Wirken von Käthe Leichter, deren Sohn **Henry O. Leichter** aus den USA zu dieser Gedenkveranstaltung angereist war. Univ.-Doz. **Dr. Herbert Steiner**, Verfasser eines Käthe-Leichter-Buches, hatte die Veranstaltung eingeleitet.

Fortsetzung von Seite 6

Marx blieb in London, Engels mußte nach Manchester gehen. Engels blieb von Marx 20 Jahre getrennt, aber durch Briefe verbunden, und half seinem Freund finanziell wo er konnte. Marx zog sich zu Studien ins „British Museum“ in London zurück und befaßte sich mit den bürgerlichen Ökonomen Adam Smith, David Ricardo etc. So entstand das Hauptwerk von Karl Marx „Das Kapital“. Engels arbeitete als Commis in Manchester und zog sich schließlich 1870 von den Geschäften zurück, kam nach London, wohnte in der Nähe von Marx und widmete sich verschiedenen Wissenschaften. Er schrieb auch viele Broschüren und Aufsätze, um Marxens und seine Ideen gegen Gegner zu verteidigen. Wichtige Werke von Engels sind u. a.: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ und ganz besonders „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“), eine Streitschrift gegen den Wissenschaftler Düring zu den Themen Philosophie, Natur- und Gesellschaftswissenschaft. Engels vollendete den II. und III. Band des Werkes „Das Kapital“.

Wir wissen vom Briefwechsel, den Engels mit seinem Freund Karl Marx, mit Eduard Bernstein, mit Karl Kautsky und mit Victor Adler hatte. Zu Victor Adler verband ihn eine persönliche Freundschaft. Auch empfand Engels eine besondere Sympathie zur jungen Sozialistin Adelheid Dworschak, spätere Popp. Als Rheinländer war ihm die Wiener Lebensart (Heuriger etc.) nicht fremd.

Mit dem Wahlzettel zum Sieg!

Politisch ganz wichtig für die österreichische Sozialdemokratie war die Strategie von Engels' letzten Lebensjahren („Politisches Testament von Engels“, siehe auch Karl Renner, Karl Kautsky). Niedergeschrieben war dies in der „Einleitung zu den ‚Klassenkämpfen in Frankreich‘“. Sinngemäß heißt es da, daß sich die SPD durch die besondere Lage in Deutschland, einem übermächtigen Militärgegner gegenüberstehend, doch der großen Möglichkeit der Wahlen bedienen könne, sie konnte schon Wahlerfolge erzielen, das allgemeine Wahlrecht nutzen. Für äußerst unhaltbare Zustände sei wohl eine Revolution angesagt. Engels geht hier von der unbedingten Notwendigkeit der Revolution ab, einer These, die er jahrzehntelang mit Marx geteilt hatte.

Während dieses „Testament“ die Bolschewiki als Fälschung abtaten, hielt sich Victor Adlers Partei an diese These. Mit dem Wahlzettel zum Sieg der Sozialdemokratie!

Lassen wir Friedrich Engels noch in einer Anfragebeantwortung, in einem Interview des „Figaro“ vom 8. Mai 1893, selbst zu Worte kommen. Es heißt da u. a.:

Achtung: Amtsbescheinigungsinhaber und Opferfürsorgerentner

Inhaber von Amtsbescheinigungen können um Zuerkennung von Leistungen gemäß § 12/Abs. 2 des Opferfürsorgengesetzes ansuchen.

Desgleichen können Anträge auf Zuerkennung einer Rente nach einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30% gemäß § 11/Abs. 2 gestellt werden,

wenn der Antragsteller das 75. Lebensjahr vollendet hat.

Antragsformulare werden auf Wunsch vom Sekretariat zugesandt. Tel. 534 27 / 277 in der Zeit von 9 bis 12 Uhr.

Antragstellung spätestens im September 1995.

Hubert Pfoch – 75

Der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Landtagspräsident i. R. **Hubert Pfoch**, feierte am 25. Juni 1995 seinen 75. Geburtstag. Der geborene Ottakringer schloß sich schon in jungen Jahren der sozialdemokratischen Bewegung an. 1940 wurde er beim Reichsarbeitsdienst eingesetzt, noch im selben Jahr erhielt er den Einrückungsbefehl. Im August 1942 wurde er, unterwegs an die Front, in Polen Zeuge eines Abtransportes von Juden in das Vernichtungslager Treblinka. Hubert Pfoch konnte von dieser Verladung vier Fotos machen, die er 1965 der Staatsanwaltschaft mit Fotokopien seiner Tagebucheintragungen zur Verfügung stellte. Der Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, der Österreicher **Franz Stangl**, wurde nach mehrjährigem Prozeß, in dem auch Pfoch als Zeuge aussagte, 1970 in Düsseldorf zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Nach 1945 arbeitete Hubert Pfoch an der Neuorganisation der Sozialistischen Jugend mit, deren Obmann er 1946 wurde. 1949 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt, von 1962 bis 1987 war er Bezirksobmann der SPÖ Ottakring. 1964 wurde er Stadtrat, 1973

Vizebürgermeister von Wien. Von 1979 bis 1984 war er als Erster Präsident des Wiener Landtages tätig. Die Freiheitskämpfer wünschen Genossen Hubert Pfoch alles Gute zu seinem Geburtstag.

Wolfgang Neugebauer – Professor

Der wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), **Dr. Wolfgang Neugebauer**, wurde zum Honorarprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Wien ernannt. Wir gratulieren unserem Genossen Neugebauer zu dieser verdienten Berufung und wünschen ihm für seine wichtige Arbeit alles Gute.

Ehrung für Bruno Liszka

Genosse **Bruno Liszka**, Mitglied des Landesvorstandes Wien unseres Bundes und DÖW-Mitarbeiter, wurde mit dem Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet. Wir gratulieren unserem Genossen Liszka zu dieser Ehrung.

„... Und was ist Ihr, der deutschen Sozialisten, Endziel? Herr Engels sah mich einige Augenblicke an und sagte dann: „Aber wir haben kein Endziel. Wir sind ‚Evolutionisten‘, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der künftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden. Wir sind schon zufrieden, wenn wir die Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft gebracht haben, und wir wissen wohl, daß das bei der gegenwärtigen monarchistischen und föderativen Regierung ein Ding der Unmöglichkeit ist...“

In einer Zeit von Kriegen wie heute ist die Vision von Friedrich Engels aus dem Jahre 1888 noch immer aktuell. Er sah den Weltkrieg voraus: „... Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer

bisher noch nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm ... Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird ...“

Bruno Liszka

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Bruno Liszka, Hans Waschek



DVR:0029106/FK/454/919
 FRAU
 GERLINDE SCHWANTNER
 DARINGERG.14/25/6
 1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender

225mal KZ Mauthausen

Seit dem Jahre 1959 führte Gen. **Fritz Inkret** 225 Exkursionen nach Mauthausen durch. Die Stadtgemeinde unter den ehemaligen Bürgermeistern **Heindler**, **Dir. Posch**, **Dir. Benedek** und dem jetzigen Bürgermeister Herrn **Dr. Konrad** unterstützte die Exkursionen durch Beistellung der Autobuskosten. Im heurigen Jahr wurden fünf Fahrten, und zwar am 20. April, 4., 8., 12. und 15. Mai, durchgeführt. Teilnehmer waren 213 Schüler und 20 Lehrer. Bei jeder Fahrt wurde auch der Soldatenfriedhof Wandau bei Hieflau besichtigt, und dabei konnten die Exkursionsteilnehmer die Unbarmherzigkeit der damaligen, noch an den Endsieg glaubenden Nazioffiziere ersehen, weil noch in den letzten Apriltagen, ja noch am 5. Mai 1945, Morde an Soldaten wegen angeblicher Fahnenflucht verübt wurden. Dabei hatten sich die da-

maligen Machthaber, wie Hitler, Himmler und Goebbels, am 30. April feige von der Verantwortung gedrückt.

Die Besichtigung des KZ Mauthausen sowie der gezeigte Film mit Originalaufnahmen der SS und Aufnahmen nach der Befreiung durch die Amerikaner am 7. Mai 1945 lösten tiefste Betroffenheit bei den Schülern aus.

Slowakischer Besuch

Niederösterreichische und Wiener Freiheitskämpfer statteten vergangenes Jahr Preßburg und Banska Bystrica (Neusohl) einen Besuch ab. Vor kurzem wurde die Gegeneinladung eingelöst.

Unter der Leitung von **Univ.-Prof. Dr. Rasla** und **General a. D. Pittner** traf die slowakische Delegation – wie es sich für Schwesternstädte-Bewohner an der Donau gehört – mit dem Tragflügelboot im Wiener Donauhafen ein. Die Obmänner **Leo Lesjak** und **Walter Faderny** hießen die Gäste herzlich willkommen.

Mit besonderem Interesse verfolgten die Gäste die Ausführungen des Leiters des **DÖW Dr. Wolfgang Neugebauer** über die Einrichtung des Dokumentationsarchivs. Auch die Antifaschisten der Slowakei würden eine ähnliche Institution gegen extremistische Tendenzen brauchen. Zum Abschluß des offiziellen Teiles des Besuches sagte **Dr. Rasla**: „Wir alle sind Zeugen, wie eine Epidemie um sich greift: Fremdenhaß und Rassismus! Nationale Engstirnigkeit führt in die Katastrophe. Darum: Wehret den Anfängen!“

Wir gratulieren im Juli und August

Zum 75. Geburtstag: Dipl.-Ing. Eugen **Burian**, Wien; Franz **Cernek**, Bgld.; Leopold **Schöggel**, Stmk.; Mag. Irene **Krystoszek-Bek**, Wien; Heinrich **Mair**, Wien; Karl **Fritsch**, Wien; Franz **Birner**, NÖ; Grete **Eberl**, Wien; Josef **Zlesak**, Wien; Rosa **Wolf**, NÖ; Julius **Schmidt**, Wien; Franz **Peska**, Wien; Maria **Panek**, Wien; Frieda **Reichel**, Wien; Ernst **Wiesinger**, OÖ; Franz **Weiss**, OÖ; Josef **Damianik**, Wien.

Zum 80. Geburtstag: Fritz **Inkret**, Stmk.; Othmar **Wieser**, Wien; Maria **Ruzicka**, Wien.

Zum 85. Geburtstag: Josef **Tischer** sen., Wien; Stefanie **Doleyschi**, Sbg., Margarete **Reithofer**, Stmk.; Rosa **Spritzendorfer**, Wien; Hans **Kohn**, NÖ; Augustine **Kretschmer**, OÖ; Rudolf **Böck**, Wien; Johanna **Stein**, Sbg.; Käthe **Langer**, Wien; Stefanie **Bögl**, Bgld.; Leopold **Hirschmann**, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Katharina **Gindl**, Wien; Auguste **Deutsch**, Wien; Johann **Janu**, Wien; Frieda **Pinter**, Stmk.; Karoline **Schmide**, Stmk.

Zum 91. Geburtstag: Maria **Bübl**, Wien; Anna **Mannsberger**, Stmk.; Fritz **Bittner**, Wien; Rudolf **Jawurek**, NÖ.

Zum 92. Geburtstag: Karl **Janda**, Wien; Martha **Pleyl**, Wien; Maria **Zimmerl**, Wien.

Zum 93. Geburtstag: Anna **Leitner**, Wien; Julie **Prachinger**, NÖ; Walter **Hofstätter**, OÖ.

Zum 94. Geburtstag: Antonia **Rogy**, Ktn.;

Zum 95. Geburtstag: Leopold **Helm**, Wien.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 15. September 1995.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.

Massenmorde vor 50 Jahren: Gedenkfahrt ins Ötscherland und nach Lunz am See

An Ort und Stelle, dort, wo die Untaten der Nazis geschahen, werden die Freiheitskämpfer der Toten gedenken: Im Wald von Randegg-Schlieffau 100 Opfer; Gresten 24 Opfer; Göstling 80 Opfer. Dann geht die Fahrt weiter nach Lunz am See, wo wir den Nachmittag verbringen werden.

**Mitglieder und Freunde sind zu dieser Busfahrt am Donnerstag,
 5. Oktober 1995,**

eingeladen. Unser Bus fährt um 7.00 Uhr ab Schwechat, Körnerhalle, und ab 7.30 Uhr ab Mödling, Bahnhofplatz. (Zusteigstelle für Teilnehmer, die mit der S-Bahn aus benachbarten Bezirken und Wien zureisen). Der Bus nimmt um 8.30 Uhr in St. Pölten, Europaplatz, Teilnehmer aus dem nordwestlichen Niederösterreich auf. Rückfahrt um 17.00 Uhr.

Bus-Fahrpreis: ab Schwechat, Mödling S 120,-, ab St. Pölten S 60,-.

Reiseleiter: L. Lesjak, W. Faderny, A. Schwaiger.

Anmeldungen bis 10. September 1995, womöglich schriftlich, an Landesobmann Leo Lesjak, Skraupstraße 24/24/13, 1210 Wien, Tel. 0 22 2 / 292 78 95.